

## 10.4 Vermittlungsverfahren

Stand: 26.3.2014

Der in Artikel 77 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vorgesehene Vermittlungsausschuss („ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuss“) hat die Aufgabe, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundestag und Bundesrat über den Inhalt eines vom Bundestag beschlossenen Gesetzes durch einen Einigungsvorschlag zu vermitteln.

Bei solchen Meinungsverschiedenheiten hat der Bundesrat zu jedem Gesetzesbeschluss des Bundestages binnen drei Wochen nach dessen Eingang das Recht, die Einberufung des Vermittlungsausschusses zu verlangen (Art. 77 Abs. 2 Satz 1 GG). Für den Bundestag und die Bundesregierung ist hingegen das Recht, den Vermittlungsausschuss anzurufen, auf solche Gesetze beschränkt, die der Zustimmung des Bundesrats bedürfen (Art. 77 Abs. 2 Satz 4 GG). Bei Meinungsverschiedenheiten zu zustimmungsbedürftigen Gesetzen sind also drei Vermittlungsverfahren möglich, bevor ein solches Gesetz an der Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat scheitert. Bei Meinungsverschiedenheiten zu einfachen Gesetzen, zu welchen eine förmliche Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann lediglich ein Vermittlungsverfahren durchgeführt werden, das nur durch ein Anrufungsbegehren des Bundesrates ausgelöst werden kann. Das beendigte Vermittlungsverfahren ist bei den einfachen Gesetzen sogar notwendige Voraussetzung für einen vom Bundesrat (binnen zwei Wochen) zu beschließenden etwaigen Einspruch (Art. 77 Abs. 3 GG). Nur wenn der Bundestag einen vom Bundesrat beschlossenen Einspruch mit der nach Art. 77 Abs. 4 GG erforderlichen Mehrheit nicht überstimmt, ist das Gesetz gescheitert. Während also bei den zustimmungsbedürftigen Gesetzen die Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat endgültig zum Scheitern des Zustimmungsgesetzes führen kann, hat bei den einfachen Gesetzen der erst nach abgeschlossenem Vermittlungsverfahren mögliche Einspruch des Bundesrates nur hemmende Wirkung, da der Bundestag den Einspruch überstimmen kann, so dass das vom Bundestag beschlossene Gesetz doch noch zustande kommt<sup>1</sup>.

Der Vermittlungsausschuss gibt sich eine eigene Geschäftsordnung: Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) vom 19. April 1951 (BGBl. II S. 103), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 30. April 2003 (BGBl. I S. 677).

### Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses

Das Grundgesetz (Art. 77 Abs. 2 Satz 1, 2 GG) schreibt vor, dass der Vermittlungsausschuss aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates gebildet wird, die Zusammensetzung im Einzelnen durch eine Geschäftsordnung (in diesem Fall durch die Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses, kurz GOVA) geregelt wird. Dem Prinzip folgend, dass jedes Bundesland im Vermittlungsausschuss durch ein Mitglied vertreten ist, setzt er sich seit Anfang Oktober 1990 aus 32 Mitgliedern zusammen, je 16 aus Bundestag und Bundesrat.

Der Bundestag wählt seine 16 Mitglieder nach dem jeweils beschlossenen Berechnungsverfahren für die Stellenanteile der Fraktionen, so dass die Bundestagsfraktionen im Vermittlungsausschuss nach ihrer Stärke berücksichtigt sind.

---

<sup>1</sup> Nach: *Philipp Drodts*, Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: Bundesanzeiger. Jg. 29. 1977. Nr. 42. S. 5.

## Vorsitzende des Vermittlungsausschusses

Zum Vorsitz im Vermittlungsausschuss enthält § 2 GOVA folgende Regelung:

„Der Ausschuss wählt je ein Mitglied des Bundestages und des Bundesrates, die im Vorsitz vierteljährlich sich abwechseln und einander vertreten.“

Wahlperiode	Mitglied des Bundestages	Mitglied des Bundesrates
12. WP 1990–1994	<i>Heribert Blens</i> , CDU	<i>Oskar Lafontaine</i> , SPD (Ministerpräsident, Saarland)  ab 18.1.1996: <i>Henning Voscherau</i> , SPD (Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg)
13. WP 1994–1998	<i>Heribert Blens</i> , CDU	<i>Oskar Lafontaine</i> , SPD (Ministerpräsident, Saarland)  ab 18.1.1996: <i>Henning Voscherau</i> , SPD (Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg)  ab 13.11.1997: <i>Hans Eichel</i> , SPD (Ministerpräsident, Hessen)
14. WP 1998–2002	<i>Heribert Blens</i> , CDU	<i>Ortwin Runde</i> , SPD (Präsident des Senats, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg)  ab 11.12.2001: <i>Sigmar Gabriel</i> , SPD (Ministerpräsident, Niedersachsen)
15. WP 2002–2005	<i>Joachim Hörster</i> , CDU	<i>Sigmar Gabriel</i> , SPD (Ministerpräsident, Niedersachsen)  ab 20.3.2003: <i>Henning Scherf</i> , SPD (Präsident des Senats, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen)
16. WP 2005–2009	<i>Joachim Hörster</i> , CDU	<i>Jens Böhrnsen</i> , SPD (Präsident des Senats, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen)
17. WP 2009–2013	<i>Thomas Strobl</i> (Heilbronn), CDU	<i>Jens Böhrnsen</i> , SPD (Präsident des Senats, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen)
18. WP 2013–	<i>N.N.</i>	

## Statistik der Tätigkeit des Vermittlungsausschusses

	12. WP 1990–1994	13. WP 1994–1998	14. WP 1998–2002	15. WP 2002–2005	16. WP 2005–2009	17. WP 2009–2013
Fundstellen der Tätigkeitsberichte im Bundesanzeiger <sup>2</sup>	BAnz 47(1995) 62a, S. 1 ff	BAnz 51 (1999) 30a, S. 1 ff	BAnz 55 (2003) 19a, S. 1 ff.	BAnz 58 (2006) 18a, S. 1 ff.	BAnz 61 (2009) 190a, S. 1 ff.	www. vermittlungsausschuss. de <sup>3</sup>
Anzahl der Sitzungen des Vermittlungsausschusses	30	36	35	56	14	26
Anrufungen des Vermittlungsausschusses insgesamt <sup>4</sup>	85	92	77	102	18	44
– davon durch Bundesrat	71	74	66	90	17	34
– davon durch Bundesregierung	14	10	10	11	1	10
– davon durch Bundestag	0	8	1	1	0	0
davon bei einem Gesetz						
– zwei Anrufungen	2	7	2	2	0	1
– drei Anrufungen	0	1	0	0	0	0
Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	83	83	75	100	18	43
– davon verkündet	71	73	65	88	18	34
– davon nicht verkündet <sup>5</sup>	12	10	10	12	0	9
Zahl der im BGBl. verkündeten Gesetze	493 =100 %	552 =100 %	549 =100 %	385 =100 %	612 =100 %	543 = 100 %
– davon Gesetze, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	71 =14,4%	73 =15,0 %	65 =11,8 %	88 =22,9 %	18 = 2,9 %	34 = 6,3 %

<sup>2</sup> Die Printversion des Bundesanzeigers wurde zum 31. März 2012 eingestellt. Seitdem existiert ausschließlich die elektronische Ausgabe.

<sup>3</sup> *Silke Podschull-Wellmann*: Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der siebzehnten Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Berlin, 2013 (Schriftenreihe der Geschäftsstelle des Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesrates; 1) [nur elektronische Ausgabe].

<sup>4</sup> Unter Berücksichtigung von Mehrfachanrufungen sowie Abspaltungen und Zusammenführungen von Gesetzesbeschlüssen.

<sup>5</sup> Wegen des Ablaufs der Wahlperiode wurden einige Gesetze im Vermittlungsausschuss nicht abschließend beraten: in der 12. WP fünf Gesetze, in der 13. WP ein Gesetz, in der 14. WP vier Gesetze, in der 15. WP zehn Gesetze und in der 17. sechs Gesetze. In der 15. Wahlperiode hat der Bundestag den Einspruch des Bundesrates gegen ein Gesetz nicht zurückgewiesen.

## Vermittlungsausschuss: Bibliografie

Eine Bibliographie zur Tätigkeit des Vermittlungsausschusses findet sich nicht im Datenhandbuch 1949 – 1999. Aus diesem Grund wurde nachfolgend auch Literatur, die sich auf den Zeitraum seit der ersten Wahlperiode bezieht, aufgenommen.

*Adamski, Heiner*: Die Besetzung des Vermittlungsausschusses. Streit um die Sitzverteilung, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 54. Jg. (2005), H. 1, S. 69 – 77.

*Bardenhewer, Franz*: Die Entstehung und Auflösung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Gesetzgebungsorganen. Der Ausschuss nach Art. 77 Grundgesetz und die Stellung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren, Pfaffenweiler 1984.

*Bauer, Thomas L.*: Der Vermittlungsausschuss. Politik zwischen Konsens und Konkurrenz, Bremen 1999.

*Bergkemper, Julia*: Das Vermittlungsverfahren gemäß Art. 77 II GG: eine Zwischenbilanz, Baden-Baden 2008.

*Bismark, Hans*: Grenzen des Vermittlungsausschusses, in: Die öffentliche Verwaltung, 36. Jg. (1983), H. 7, S. 269 – 279.

*Burghart, Axel*: Die Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses als Gegenstand einer Regelung der Geschäftsordnung (Art. 77 Abs. 2 S. 2 GG), in: Die öffentliche Verwaltung, 58. Jg. (2005), H. 19, S. 815 – 819.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Brückenbauer für Kompromisse. Der Vermittlungsausschuss, in: Bundestag-Report, (1996), H. 12, S. 22 – 24.

*Cornils, Matthias*: Politikgestaltung durch den Vermittlungsausschuss, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 117. Jg. (2002), H. 8, S. 497 – 507.

*Dästner, Christian*: Die Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses, Berlin 1995.

*Dästner, Christian*: Der „unechte Einigungsvorschlag“ im Vermittlungsverfahren. Oder: Hat der Vermittlungsausschuss versagt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30. Jg. (1999), H. 1, S. 26 – 40.

*Desens, Marc*: Kompetenzgrenzen des Vermittlungsausschusses, in: Neue juristische Wochenschrift, 61. Jg. (2008), H. 40, S. 2892 – 2895.

*Dietlein, Max*: Der Dispositionsrahmen des Vermittlungsausschusses, in: Neue juristische Wochenschrift, 36. Jg. (1983), H. 3, S. 80 – 89.

*Dietlein, Max*: Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat, in: *Hans-Peter Schneider und Wolfgang Zeh* (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Berlin 1989, S. 1565 – 1578.

*Dietlein, Max*: Zulässigkeitsfragen bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 106. Jg. (1981), H. 4, S. 525 – 548.

*Drodt, Philipp*: Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der dritten Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in: Bundesanzeiger, 14. Jg. (1962), H. 11, S. 4 – 9.

*Drodt, Philipp*: Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der sechsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in: Bundesanzeiger, 29. Jg. (1977), H. 42, S. 5.

*Ensslin, Dankwart*: Der Ausgleich zwischen der ersten und der zweiten Kammer im Gesetzgebungsverfahren der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz, Stuttgart 1962.

*Ernst, Christian und Lars Johnsen*: Spiegelbildlichkeit oder Mehrheitsprinzip? Die Besetzung der Bundestagsbank im Vermittlungsausschuss aus rechts- und politikwissenschaftlicher Sicht, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36. Jg. (2005), H. 4, S. 748 – 763.

*Goebel, Sören und Karolina Eilinghoff*: Rechtsstaatsprinzip versus Gesetzgebungspraxis des deutschen Parlamentes - wo bleibt der Vertrauensschutz für den Steuerzahler? Zugleich eine Besprechung des Urteils des FG Münster vom 28.1.2005, 9 K 1514/02 K, F zu verfassungsrechtlichen Bedenken des Steuerbereinigungsgesetzes 1999, in: Deutsche Steuer-Zeitung, 96. Jg. (2008), H. 10, S. 311 – 321.

*Hasselsweiler, Ekkehart*: Der Vermittlungsausschuss. Verfassungsgrundlagen und Staatspraxis. Eine Untersuchung der parlamentsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedeutung des Ausschusses nach Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes unter besonderer Berücksichtigung seiner Verfahrenspraxis, Berlin 1981.

- Henseler, Paul:* Möglichkeiten und Grenzen des Vermittlungsausschusses. Eine Untersuchung am Beispiel des 2. Haushaltstrukturgesetzes, in: Neue juristische Wochenschrift, 35. Jg. (1982), H. 16, S. 849 – 855.
- Hoffmann, Josef:* Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses in der vierzehnten Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in: Bundesanzeiger, 55. Jg. (2003).
- Huber, Peter M. und Daniel Fröhlich:* Die Kompetenz des Vermittlungsausschusses und ihre Grenzen. Am Beispiel von Art. 15 Haushaltsbegleitgesetz 2004, in: Die öffentliche Verwaltung, 58. Jg. (2005), H. 8, S. 322 – 333.
- Kämmerer, Jörn Axel:* Muss Mehrheit immer Mehrheit bleiben? Über die Kontroversen um die Besetzung des Vermittlungsausschusses, in: Neue juristische Wochenschrift, 56. Jg. (2003), H. 16, S. 1166 – 1168.
- Lang, Joachim:* Spiegelbildlichkeit versus Mehrheitsprinzip?, in: Neue juristische Wochenschrift, 58. Jg. (2005), H. 4, S. 189 – 191.
- Lenz, Carl Otto:* Der Vermittlungsausschuss – eine dritte Kammer?, in: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Fehlentwicklungen im Verhältnis von Bundesrat und Bundestag?, Wiesbaden 1997, S. 43.
- Lhotta, Roland:* Konsens und Konkurrenz in der konstitutionellen Ökonomie bikameraler Verhandlungsdemokratie. Der Vermittlungsausschuss als effiziente Institution politischer Deliberation, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001, S. 93 – 117.
- Lhotta, Roland:* Der „lästige“ Föderalismus. Überlegungen zum konsensuellen „deadlock“ am Beispiel von Bundesrat und Vermittlungsausschuss, in: Ursula Männle (Hrsg.): Föderalismus zwischen Konsens und Konkurrenz. Tagungs- und Materialienband zur Fortentwicklung des deutschen Föderalismus, Baden-Baden 1998, S. 79 – 91.
- Lehnert, Matthias:* Der Einfluss der Parteipolitik auf das Vermittlungsverfahren. Eine Analyse der Einigungsvorschläge (1949-2005), in: Helmar Schöne und Julia von Blumenthal (Hrsg.): Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag, Baden-Baden 2009, S. 279 – 299.
- Lovens, Sebastian:* Die Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 33 – 41.
- Lorenz, Jürgen und Wolf J. Bell:* Vermittlungsausschuss. Scharnier zwischen Bundestag und Bundesrat, Bonn 1976.
- Lovens, Sebastian:* Die Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 33 – 41.
- Meyer, Hans:* Judex non calculat. Der Zweite Senat und die Besetzung des Vermittlungsausschusses, in: Rainer Maria Kiesow (Hrsg.): Summa. Dieter Simon zum 70. Geburtstag, Frankfurt am Main 2005, S. 405 – 433.
- Niemann, Helmuth:* Die bundesstaatliche Bedeutung des Bundesrates unter besonderer Berücksichtigung der Funktion des Vermittlungsausschusses, Göttingen 1978.
- Opfermann, Wilhelm:* Einigung durch Vermittlung. Die Rolle des Vermittlungsausschusses in der 7. Legislaturperiode, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 9. Jg. (1976), H. 9, S. 206 – 210.
- Ossenbühl, Fritz:* Der Handlungsspielraum des Vermittlungsausschusses. Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 1986, in: Zeitschrift für Gesetzgebung, 4. Jg. (1989), H. 2, S. 159 – 161.
- Palm, Ulrich:* Demokratie mit parlamentarischer Gesetzgebung, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 27. Jg. (2008), H. 6, S. 633 – 635.
- Pasemann, Birthe:* Der Einfluss des Bundesrates auf die Gesetzgebung. Der Bundesrat als Gewähr für die Vollziehbarkeit von Gesetzen, Münster 2006.
- Pieper, Paul:* Die staatsrechtliche Bedeutung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 des Grundgesetzes, Mainz 1954.
- Posser, Diether:* Der Vermittlungsausschuss. 1. Koreferat, in: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989, Baden-Baden 1989, S. 203 – 211.
- Reinert, Harri:* Vermittlungsausschuss und Conference Committees. Ein Beitrag zur vergleichenden Lehre der Herrschaftssysteme, Heidelberg 1966.

*Schäfer, Hans:* Der Vermittlungsausschuss, in: Bundesrat (Hrsg.): Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft. Beiträge zum 25-jährigen Bestehen des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland, Bad Honnef 1974, S. 277 – 297.

*Schenke, Ralf P.:* Das Koch-Steinbrück-Papier, das Haushaltsbegleitgesetz 2004 und die Grenzen der Änderungsbefugnis des Vermittlungsausschusses, in: Finanz-Rundschau Ertragssteuerrecht, 86. Jg. (2004), H. 11, S. 638 – 643.

*Schenke, Wolf-Rüdiger:* Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Tätigkeit des Vermittlungsausschusses. Dargestellt am Beispiel des 2. Haushaltsstrukturgesetzes, Berlin 1984.

*Schulze-Fielitz, Helmuth:* Gesetzgebung als materiales Verfassungsverfahren. Die Befugnisse des Vermittlungsausschusses und die Aufspaltung von Gesetzen, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 2. Jg. (1983), H. 12, S. 709 – 717.

*Schindler, Peter:* Statistik über die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses 1. bis 8. Wahlperiode, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13. Jg. (1982), H. 4, S. 481.

Sekretariat des Bundesrates (Hrsg.): Protokolle des Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. 1.-14. WP. 1949-2002, München 2007.

*Spörndli, Markus:* Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss, Wiesbaden 2004.

*Stein, Karin:* Die Besetzung der Sitze des Bundestages im Vermittlungsausschuss, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 22. Jg. (2003), H. 5, S. 557 – 562.

*Strohmeier, Rudolf W.:* Der Vermittlungsausschuss als Überausschuss? Anmerkungen zur Kompetenz des Vermittlungsausschusses anlässlich seiner Beschlussempfehlung zu Art. 26a 2. Haushaltsstrukturgesetz 1982, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13. Jg. (1982), H. 4, S. 473 – 480.

*Teichert, Alois:* Die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses seit der Konstituierung bis zum 31. Dezember 1952, in: Bundesanzeiger, 5. Jg. (1953), H. 1, S. 6 – 10.

*Troßmann, Hans:* Bundestag und Vermittlungsausschuss, in: Juristenzeitung, 38. Jg. (1983), H. 1, S. 6 – 13.

Verwaltung des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses, Bonn 1996.

*Vogel, Friedrich:* Der Vermittlungsausschuss. 2. Koreferat, in: Vierzig Jahre Bundesrat. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposium in der Evangelischen Akademie Tutzing vom 11. bis 14. April 1989, Baden-Baden 1989, S. 213 – 225.

*Vogel, Friedrich:* Zu den politischen und rechtlichen Grenzen der Kompetenzen des Vermittlungsausschusses, in: *Stefan Diekwisch* (Hrsg.): Recht und Pflicht. Von der Freiheit eines Rechtspolitikers. Beiträge zu 20 Jahren Rechtspolitik. Detlef Kleinert zum 60. Geburtstag, Ronnenberg 1992, S. 91 – 100.

*Wessel, Franz:* Der Vermittlungsausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes, in: Archiv des öffentlichen Rechts, 38. Jg. (1951/52), H. 2/3, S. 283 – 313.

*Wetzel, Anne:* La recherche du compromis politique en France et en Allemagne. Le fonctionnement de la commission de la conciliation et de la commission mixte paritaire, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, (2000), H. 154, S. 35 – 58.

*Wetzel, Anne:* Vermittlungsausschuss und Commission mixte paritaire (CMP). Politische Kompromissfindung in Frankreich und Deutschland, in: *Dokumente*, 58. Jg. (2002), S. 51 – 57.

*Wex, Günther:* Der Ausschuss nach Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes. Eine staatsrechtliche und staatspolitische Untersuchung, Marburg 1956.

*Willigmann, Klaus:* Das Verfahren bei Zustimmungsgesetzen unter Anrufung des Vermittlungsausschusses, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, 14. Jg. (1961), H. 10, S. 370 – 374.

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 11.9.